

A b d r u c k  
**Niederschrift**  
über den **öffentlichen** Teil der Sitzung des Ausschusses für Natur- und  
Umweltschutz  
von Montag, den 13.05.2013,  
im großen Sitzungssaal des Landratsamtes Miltenberg

Beginn der Sitzung:           14:00 Uhr  
Ende der Sitzung:            15:30 Uhr

**Den Vorsitz führte Herr Landrat Roland Schwing.**

**Für den in der Zeit von 15:35 Uhr bis 16:25 Uhr stattgefundenen nichtöffentlichen Teil dieser Sitzung wurde eine gesonderte Niederschrift gefertigt.**

**Anwesend waren:**

**Ausschussmitglieder**

Herr Erwin Dotzel  
Frau Ellen Eberth  
Herr Dr. Hans Jürgen Fahn  
Herr Ferdinand Fritz Kern  
Herr Peter Maurer  
Frau Petra Münzel  
Frau Monika Schuck  
Herr Kurt Schumacher  
Herr Dr. Christian Steidl  
Herr René Wendland

**Stellv. Ausschussmitglieder**

Herr Bruno Fischer  
Herr Ludwig Ritter

Vertreter für Herrn Hubert Klimmer  
Vertretung für Herrn Hermann Josef Eck bis 15:20 Uhr

**Kreistagsmitglieder zur Kenntnis**

Frau Claudia Kappes

Vertreterin für Herrn Ludwig Ritter ab 15:20 Uhr

**Entschuldigt gefehlt haben:**

**Ausschussmitglieder**

Herr Hermann-Josef Eck  
Herr Hubert Klimmer

**Von der Verwaltung haben teilgenommen:**

Herr Gerhard Rüth, UB 1  
Herr Gerald Rosel, Abteilung 3  
Herr Wolfgang Röcklein, Sachgebiet 11

**Ferner haben teilgenommen:**

Frau Petra Hoeß, FABION GbR Würzburg           zu TOP 1  
Herr Michael Berninger                            Gast

**Tagesordnung:**

- 1 Hausmüllanalyse 2012: Diskussion des Endberichtes
- 2 Grünabfallkonzept: Weiterentwicklung der Grünabfallerfassung und -verwertung, Beschlussfassung über Änderungen und Neuausschreibung/Änderungen
- 3 Jahresabschluss des Gemeinschaftskraftwerkes Schweinfurt: Aktueller Müllverbrennungspreis (Information)
- 4 Anfragen

Tagesordnungspunkt 1:

## **Hausmüllanalyse 2012: Diskussion des Endberichtes**

Herr Röcklein erläuterte anhand der Anlagen die Hausmüllanalyse 2012. Er stellte zu Beginn fest, dass keinerlei Anträge der Fraktionen zu diesem Punkt vorlägen.

Zur Diskussion über den Endbericht der Abfallanalyse 2012 verweist die Landkreisverwaltung auf nachfolgende Punkte und Vorschläge:

### 1. Teilbericht Hausmüll

#### 1.1. Organik

Das Engagement unserer Bürgerinnen und Bürger bei der Abfalltrennung ist nach wie vor groß und diese leisten einen erheblichen Beitrag zur Abfallwirtschaft des Landkreises Miltenberg.

Allerdings bestätigt der neue Bericht, wie bereits die vorhergegangenen Berichte, eine gewisse Nachlässigkeit bei der Sortierung der organischen Abfälle. Sowohl bei den Eigenkompostierern als auch bei den Nichtkompostierern ist der Organikgehalt in der Restmülltonne mit 38,8 % bei den EK, bzw. 33,5 % bei den NK, relativ hoch.

Vergleichswerte des Bayerischen Instituts für Abfallforschung bewegen sich zwischen 5 und 36 %, womit wir in Miltenberg an der oberen Grenze liegen.

Allerdings ist dies das theoretische Potential, das praktisch abschöpfbare Potential dürfte bei 50 % dieser Mengen liegen.

In den letzten Jahren haben wir uns dieses bekannten Problems nicht sehr intensiv angenommen. Die Organik in der Restmülltonne dient im Gemeinschaftskraftwerk Schweinfurt der Energieerzeugung und auch der Auslastung unseres Kraftwerkes.

Auch die betriebswirtschaftliche Seite spielt eine Rolle: Trotz aller Veränderungen die wir gemeinsam mit dem Umweltausschuss in den letzten Jahren vorgenommen haben, ist und bleibt der Bioabfall unser teuerster Abfall. Auch nach der Preisänderung bei HERHOF ab 01.10.2012 liegen die Behandlungskosten im Bereich der Kosten beim Gemeinschaftskraftwerk (einschl. Umschlag und Müllfernttransport).

Berücksichtigt man noch die getrennte Erfassungslogistik für den Bioabfall liegen wir über den Restmüllkosten.

Aber jetzt stehen wir vor einem Umbruch: Europäische Union und Bundesgesetzgeber verlangen ab 1. Januar 2015 eine getrennte Erfassung aller Bioabfälle und nach heutigem Diskussionsstand bedeutet dies, die flächendeckende Einführung der braunen Biotonne – auch für die heutigen Nichtkompostierer.

Nach heutigem Diskussionsstand deshalb, weil die Meinungen von Bundesregierung, Bundesländern, Verbänden und Fachleuten zu dieser Frage nicht eindeutig sind. Allerdings dürfte eine Anschlussquote von 48 % Biotonnennutzern, wie im Landkreis Miltenberg, nicht ausreichen.

Die Entscheidung über Maßnahmen hinsichtlich des Organikanteiles im Restmüll schlagen wir daher vor zurückzustellen und 2014 im Zusammenhang mit der Entscheidung über die künftige Bioabfallerfassung mitzuentcheiden.

#### 1.2. Elektrokleingeräte im Restmüll

Die Erfassung der Elektrokleingeräte (Armbanduhren, Taschenrechner, Melodiekarten usw.) liegt uns bereits seit einigen Jahren am Herzen. Die Europäische Union hat 2012 die diesbezügliche Richtlinie deutlich verschärft und wir warten mit einigen Umsetzungsideen in der Schublade auf die Umsetzung der EU-Richtlinie in deutsches Recht.

#### 1.3. Sortierung Altpapier und Biotonne

Der Bericht zeigt, dass unsere Bürger sehr gut sortieren und uns sowohl beim Altpapier als auch bei der Biotonne hohe Qualitäten liefern.

#### 1.4. Gelber Wertstoffsack

Mit einem Störstoffanteil von 12,5 Gewichtsprozent im gelben Wertstoffsack können wir zufrieden sein, was aber nicht heißt, dass dies nicht noch besser werden kann.

Interessant ist das Ergebnis zu den stoffgleichen Nichtverpackungen, früher: Verpackungsfremde Wertstoffe. Wir kommen hier auf einen Anteil von 18,1 Prozent oder 3,2 Kilogramm je Einwohner und Jahr.

Mit unserem Modell „Gelber Sack PLUS“ streben wir 7 Kilogramm je Einwohner an.

Da bleibt noch einiges für uns zu tun. Allerdings haben die Verträge und auch die Öffentlichkeitsarbeit zum „Gelben Sack PLUS“ erst 2013 begonnen und wir stehen daher am Anfang.

#### 2. Sperrmüll

Die Sperrmüllanalyse besteht aus Sichtungen der bereitgestellten Mengen vor Ort und aus Sichtungen der Anlieferungen der Fa. REMONDIS auf der Müllumladestation.

Der Rest-Sperrmüll enthält ein hohes energetisch verwertbares Potential, das wir derzeit über unser Gemeinschaftskraftwerk Schweinfurt verwerten. Altholz, Altschrott und E-Schrotterfassung laufen gut.

#### 3. Geschäftsmüll

Die Fa. Remondis fährt seit 2009 einen großen Teil des Geschäftsmülls mit dem Hausmüll aus den Haushalten gemeinsam ab. Trotzdem ist es FABION gelungen, uns hierzu brauchbare Zahlen zu liefern.

Der Bericht zeigt deutlich dass jede Branche eine andere Abfallzusammensetzung aufweist und eine einheitliche Vorgehensweise damit sehr schwierig ist. In der Summe ist das Wertstoffpotential im Geschäftsmüll mit knapp 43 % auf den ersten Blick hoch.

Aber auch hier muss man zwischen dem theoretischen Potential und dem nutzbaren Anteil unterscheiden. Der nutzbare Anteil wird begrenzt durch die Verfügbarkeit, die Grenzen der Abschöpfung, die stoffliche Eignung, die technische Machbarkeit und die Wirtschaftlichkeit.

#### 4. Wertstoffhof

Zum ersten Mal haben wir den Wertstoffhof Erlenbach in die Abfallanalyse eingebunden.

Die Ergebnisse zeigen, dass es in allererster Linie ein Wertstoffhof für das Zentrum Erlenbach, Elsenfeld und Obernburg ist. Interessant ist die Anlieferhäufigkeit mit 17 % einmal in der Woche, 10 Prozent alle zwei Wochen und 25 % einmal im Monat.

Was ist uns wichtig?

1. Die Zufriedenheit unserer Bürger mit unserem Abfallwirtschaftssystem steht für uns an erster Stelle.
2. Veränderungen der Abfallströme wollen wir behutsam angehen, da sich daraus Auswirkungen auf verschiedene Entsorgungswege ergeben.
3. Die Verwiegung des Abfalls hat sich nach einem ersten Strohfeuer nicht durchgesetzt.
4. Auch ähnliche Maßnahmen, wie Abrechnung nach Leerung, beurteilen wir zurückhaltend, da die Kosten bei REMONDIS und in der Landkreisverwaltung auf jeden Fall steigen würden.
5. Besonders im Auge wollen wir die positive Entwicklung bei unserem Müllheizkraftwerk behalten. Es kann nicht unsere Absicht sein, an einer Stelle des Konzeptes Geld einzusparen und dafür, beispielsweise bei der Abfallbehandlung im Müllheizkraftwerk, mehr Geld auszugeben.
6. Das neue Grünabfallkonzept soll eine deutliche Verbesserung hinsichtlich der Grünabfallmengen aber auch der Entsorgungskosten bringen.

7. Wir benötigen eine Reglementierung für unsere Wertstoffhöfe, die dort einen ordnungsgemäßen Betrieb zulässt aber gleichzeitig ein Unterlaufen des Mindestbehältervolumens und unseres Holsystems verhindert.  
Es ist nicht möglich alle Vorteile der verschiedenen Systeme zu vernünftigen ökonomischen und ökologischen Konditionen zu kombinieren.

In der Summe haben wir ein gutes und funktionierendes Abfallwirtschaftssystem, mit dem der Großteil unserer Bürger sehr zufrieden ist. Das bedeutet allerdings nicht, dass wir auf diesem Stand stehen bleiben wollen. Bereits in den letzten Jahren haben wir durch zahlreiche kleinere und größere Maßnahmen unser System optimiert und verbessert. Das wollen wir auch weiterhin regelmäßig tun und die Abfallanalyse liefert uns dazu wieder einige Anregungen und eine gute Datenbasis.

Man habe auch die Abfallbilanz für 2012 erstellt, die im Sitzungssaal ausliege. Nach geltendem Recht könne man seit 01.06.2012 alle Restmüllmengen, die wir nach Schweinfurt fahren, als verwertet einstufen, da das GKS die Voraussetzungen für die R1-Energieeffizienzformel nach dem neuen Kreislaufwirtschaftsgesetz erfülle. Man erreiche somit also erstmalig eine absolut hohe Verwertungsquote ab Juni 2012.

Landrat Schwing bedankte sich bei Herrn Röcklein für seine Ausführungen. Wenn man sich zurückerinnere, habe man vor rund 30 Jahren mit der Einführung der Wertstofftonne begonnen, damals absolut revolutionär. Das System habe sich in diesen Jahren immer weiter entwickelt, aber die Wertstofftonne sei als stabiler Faktor immer dabei geblieben bzw. viele Dinge seien dazu gekommen. Die Holsysteme haben sich bewährt. Daher bat er darum, keine Schnellschüsse in diesem Bereich zu starten. Veränderungen in diesem Bereich bedeuteten Aufbau der Infrastruktur flächendeckend für 32 Kommunen und somit Kosten. Dies zahlen die Bürgerinnen und Bürger. Unser Ziel müsse nicht nur ein akzeptiertes und gut funktionierendes System sein, sondern dieses auch zu möglichst niedrigen Kosten. Den aktuellen guten Weg dürfe man möglichst nicht gefährden. Das Ziel müsse ein System mit möglichst niedrigen Gebühren bei hohem Service sein. Kosten und Erfolg seien immer zu berücksichtigen.

Kreisrätin Münzel erklärte, sie sei im Großen und Ganzen mit dem Erfassungssystem zufrieden. Die Bevölkerung sortiere erstaunlich gut. Verblüffend seien für sie noch die vielen Störstoffe im Gelben Sack. Aufgefallen sei ihr bei den Eigenkompostierern, dass es hauptsächlich Essensreste zu sein scheinen, die in der Restmülltonne landen. Hier stimme sie Herrn Röcklein zu, man sollte eine Aufklärungskampagne starten und nicht nur den Schwerpunkt darauf legen, dass die Bürgerinnen und Bürger zum Sortieren verpflichtet seien, sondern auch auf das (Einkaufs- und Koch-)Verhalten und man einfach zu viel Lebensmittel wegwerfe. Sie fordere außerdem eine Diskussion über einen weiteren Wertstoffhof und weitere Standorte. Bezüglich der Elektrokleingeräte bat sie die Verwaltung ebenfalls um eine Aufklärungskampagne, auch unter dem Aspekt, ob jedes Elektrokleingerät wirklich sinnvoll sei. Als Beispiel nannte sie die Kinderblinkschuhe, ein solcher Gag hat auch Umweltrelevanz. Wenn das Gesetz noch sehr lange Zeit benötige, müsse man vielleicht doch vorher eine Lösung finden, um die Elektrokleingeräte irgendwie zu erfassen. Insgesamt sei sie von der gesamten Abfallbilanz positiv überrascht.

Auf Rückfrage von Kreisrat Dr. Steidl zu den Werten im Vergleich zu anderen Systemen antwortete Herr Röcklein, der Landkreis Miltenberg sei gut. Es gebe Landkreise, die seien in Teilbereiche, z. B. beim Grünabfall etwas besser, dafür dann beim Papier schlechter und umgekehrt. Er erläuterte dies anhand der anliegenden Karte.

Kreisrat Dr. Fahn erwähnte, die Freien Wähler sehen dies nicht ganz so positiv wie die Vorredner. Er habe das Gefühl, dass damit die Gebührenstrukturdiskussion beendet werden

solle. Er halte diese aber nach wie vor für notwendig. Als Beispiele nannte er die veröffentlichten Abfallbilanzen aller Landkreise in Bayern bzw. Unterfranken durch das Landesamt für Umweltschutz. Beispielsweise sei die Restmüllmenge aus Privathaushalten bei uns um 14 % gestiegen. Bayernweit sei diese aber nicht gestiegen. Er hinterfragte ob es im Landkreis Miltenberg spezielle Ursachen hierfür gebe. Dies gelte auch für den gesamten Restmüll, hier liege der Landkreis Miltenberg laut LfU auf dem 4. Platz (Zahlen aus 2011), aber beim Restmüll pro Kopf an zweitletzter Stelle (wenn man die großen Städte außen vor lasse). In Bezug auf den Wertstoffhof stimmte er Kreisrätin Münzel zu. Auch beim Bioabfall liege man an vorletzter Stelle in Unterfranken. Der größte Teil der Landkreis habe wohl die Biotonne, aber hier müsse man natürlich die Kosten und eine eventuelle Steigerung der Müllgebühren berücksichtigen. Auch müsse man die Kommunen und Bürgermeister fragen, wie sie zu der Biotonne stünden. Er sei damit einverstanden, erst einmal abzuwarten, insgesamt werde man es aber lösen müssen. Fazit sei, dass man auf einem guten Weg sei, aber nicht so gut, dass man eine Müllgebührenstrukturdiskussion nicht mehr führen müsse. Der damalige Antrag seiner Fraktion auf Benchmarking sei leider abgelehnt worden, was sie bedauerten.

Landrat Schwing entgegnete, die Diskussion über die Müllgebühren wolle er nicht nochmals führen, diese habe man zur Genüge geführt. Diese Untersuchung nun hätte man aber in jedem Fall machen müssen, Benchmarking sei daher kein Ersatz dafür gewesen. Das System habe man nie als festgefügt Monolith gesehen, sondern zahlreiche Weiterentwicklungen und Anpassungen in den letzten Jahren vorgenommen. Man habe ein gutes Angebot für die Kunden gemacht, müsse aber schon auch auf die Kosten achten. Man könne nicht alles machen und gleichzeitig sollen die Kosten sinken. Der Aufbau eines Bringsystems sei nicht händelbar. Dann müsse man sich über eine Gebührensenkung nicht mehr unterhalten.

Herr Röcklein antwortete zur Restmüllmenge, die Steigerung im Organikanteil von der letzten zur jetzigen Analyse betrage 9 kg, bei Hygieneprodukten/Windeln betrag die Steigerung 4 kg. Diese beiden Positionen seien bereits mehr als die Gesamtsteigerung und für jeden nachvollziehbar.

Kreisrat Kern erklärte, die SPD-Fraktion habe die Unterlagen durchgearbeitet und bewusst keinen Antrag gestellt. Ihr Fazit sei, dass man insgesamt keinen großen Änderungsbedarf sehe. Er nahm daraufhin zu einigen Punkten Stellung: Die Restmülltonne sei zu 81 % gefüllt, die sei in Ordnung. Gründe für eine Steigerung seien genannt worden. Man müsse mehr auf Fehlwürfe und Potentiale hinweisen. Dies gelte auch für Bauschutt. Die Biotonne sei mit einem Füllgrad von 63 % ebenfalls in Ordnung. Hier müsse man das neue Gesetz abwarten. Man habe schon 45 % Biotonnenbenutzer. Auch bei der Papiertonne sei der Störstoffgehalt in Ordnung. Bei den Gelben Säcken, zu 85 % gefüllt, sehe er auch einen recht hohen Störstoffgehalt. Sperrmüll sei ebenfalls in Ordnung. Der Elektronikschrott werde uns die nächsten Jahre und Jahrzehnten immer mehr beschäftigen, diese Sache zu lösen dürfte schwierig werden. Beim Geschäftsmüll seien die produktionsspezifischen Abfälle bei 31,4 %, der Hausmüll 25 % und die Bauabfälle 15,7 %. Es sei schwierig, hier genauer zu sagen, was man für eine Verbesserung tun könnte. Zum Thema Wertstoffhof sei er derselben Meinung wie Kreisrätin Münzel und Kreisrat Dr. Fahn. Eine Änderung des Systems halte er für notwendig, dies müsse aber geprüft werden, prinzipiell neige man aber auch zu einem dritten Wertstoffhof. Er gehe davon aus, dass dieses Thema in der nächsten Zeit wieder komme. Er danke für die Analyse, er glaube, sie habe sich gelohnt.

Kreisrat Maurer äußerte sich positiv zu den Glascontainern in den Kommunen vor Ort, dies funktioniere grundsätzlich hervorragend. Zu den Elektrokleingeräten meine er, es sei eine ortsnahe Lösung notwendig. Es mache keinen Sinn diese Kleinteile nach Erlenbach zu fahren, es gehe ja auch um die Ökologie. Hier müsse man dran bleiben und er hoffe auf eine verbraucher- und bürgerfreundliche Lösung.

Man sammle außerdem im Rathaus quecksilberhaltige ausrangierte Leuchten, diese Fraktion werde auch zunehmen, wenn dort aber etwas kaputt gehe, habe man eine gewisse Kon-

taminationsproblematik, die ja wissenschaftlich umstritten sei. Dieses Thema müsse man auch noch einmal mit aufnehmen. Die Gefahr sei groß, dass diese Artikel dann doch in die graue Tonne gesteckt werden.

Landrat Schwing stimmte ihm zu, man sei hier absolut deckungsgleich und auch der Meinung, dass man die Elektrokleingeräte nur ortsnah sammeln könne und natürlich verschlossen.

Kreisrat Dotzel erklärte, die Analyse zeige insgesamt, dass wir gut informierte Bürger und ein gutes Sortierverhalten haben im Landkreis. Das System habe sich insgesamt bewährt und die Wirtschaftlichkeit habe man auch im Blick behalten. Ebenfalls habe sich die Verbrennung im GKS Schweinfurt bewährt, er erinnerte an die früheren Diskussionen, aber man habe niedrige Kosten und keine Alternative.

Er sei heute froh darüber, dass man die Verwiegung nicht eingeführt habe. Verwiegung sei ein falsches System und werde es auch bleiben. Man habe heute ein gut funktionierendes System.

Zu den Wertstoffhöfen äußerte er, mit einem Ausbau des Bringsystems würde man die Tonnen überflüssig machen. Haussammlungen erfassen vielmehr als das, was man in einem Wertstoffhof abgeben würde. Man sei froh über die beiden Höfe, die sich ebenfalls bewährt haben. Wenn man nun noch den Grünabfall in Erlenbach weghalten könne, dann sei hier auch die Anfahrt leichter und die Aufnahmekapazität zusätzlich gesteigert.

Zu den Elektrokleingeräten finde man sicherlich Lösungen, hier müssten auch die Kommunen mitwirken und er habe nichts dagegen, wenn man (ähnlich wie mit Batterien) ein Sammelssystem angehe. Seines Erachtens mache es Sinn, eine Werbekampagne für organische Abfälle auf den Weg zu bringen. Denn es zeige sich, dort wo keine Biotonne stehe, landen 38,8 % des Abfalls in der Restmülltonne, dort wo eine Biotonne stehe, landen immer noch 33,5 % im Restmüllbehälter. Genau hier sehe man doch, dass es fast keinen Unterschied ausmache – und genau hier müsse man ansetzen und verschiedene Wege aufzeigen, die man in einer Kampagne der Bevölkerung deutlich machen müsse. Er habe auch andere Landkreise in Unterfranken im Blick, er frage sich, wie diese bei ihrem Umgang mit dem Abfall auf solche Ergebnisse kommen. Er denke, bei uns werde viel mehr getan, wir wissen, wo jedes Kilogramm Abfall hingehe und sorgen auch dafür, dass es ordentlich entsorgt und verwertet werde. Dies könnten andere nicht behaupten.

Landrat Schwing fasste zusammen, es sei keine Revolution, aber eine Optimierung des bestehenden Systems. Jedes System habe seine starken und schwachen Seiten. Die Bürgerinnen und Bürger seien seit 30 Jahren gewöhnt zu sortieren.

Auf Rückfrage von Kreisrat Dr. Fahn antwortete Herr Röcklein, dass eine Biotonnenpflicht nicht automatisch bedeute, dass Eigenkompostierung verboten ist. Das Gesetz lasse dies zu.

Frau Hoeß, FABION GbR Würzburg, ging auf einige genannten Fragen ein. Die Störstoffe im Gelben Sack mit 12,5 % seien ein normaler Durchschnittswert im ländlichen Raum. In der Stadt liege dieser Wert bei bis zu 30 %. Der Landkreis sei auch nur begrenzt zuständig (Duales System) und sehr viel könne man hier nicht machen.

Andere Gebiete und Städte haben auch andere Situationen und Strukturen.

Bei den Elektrokleingeräten habe man 1,7 kg pro Einwohner und Jahr ermittelt, ebenfalls ein absolut durchschnittlicher Wert und der Anstieg sei eine normale Entwicklung und nicht zu vermeiden. Über eine ortsnahe Erfassung müsse man sich unterhalten, es gebe verschiedene Systeme. Dasselbe gilt für Energiesparlampen.

Der Anstieg der Restmüllmenge liege am Anstieg des Bioabfalls. Die Anschlussquote sei zwar gestiegen, aber man habe festgestellt, dass die Nutzung verstärkt für Gartenabfälle erfolge. Küchenabfall gehe eher zurück, dies sei vielleicht eine gewisse Nachlässigkeit, bei der man mit Öffentlichkeitsarbeit eventuell etwas erreichen könne.

Beim Füllgrad von 81 % beim Restmüll habe man noch etwas Luft, dies liege vielleicht an der Mülltrennung und verschiedenen Zusammenhängen, bei der man auch mit Öffentlichkeitsarbeit etwas anstoßen könne. Dazu komme auch die Einstellung der 90-l-Tonne, absolut berechtigt. So eine breite Palette an Müllbehältern haben die meisten Landkreise gar nicht. Aber auch das werde sich auswirken, denn die Leute müssen ja umsteigen.

Natürlich habe man am Wertstoffhof die starke Frequentierung festgestellt (ca. 500 Anlieferer pro Tag), hier sei eine Entlastung sinnvoll, indem man erst einmal das Grüngut fernhalte.

Wenn man auf Abrufsystem beim Sperrmüll umstelle, werde es oft etwas unbequemer, da die Bürger auf einen Termin warten müssten. Da zeige sich oft, dass die Mengen etwas zurückgehen. Die Menschen liefern dann eher auf dem Hof an. Der Effekt sei überall zu sehen. Eine Aussage zum Geschäftsmüll sei schwierig, man habe wenige Vergleichswerte. Jeder Betrieb habe andere Abfälle und jeder Container sehe anders aus. Auch hier könne sie nur die Öffentlichkeitsarbeit empfehlen.

Landrat Schwing schloss die Diskussion ab, man werde Klärungen und Lösungen suchen und das Thema Öffentlichkeitsarbeit in jedem Fall angehen, ebenso die Sache mit den Elektrokleingeräten.

Der Ausschuss für Natur- und Umweltschutz nahm die Ausführungen zur Kenntnis.

Tagesordnungspunkt 2:

### **Grünabfallkonzept: Weiterentwicklung der Grünabfallerfassung und -verwertung, Beschlussfassung über Änderungen und Neuausschreibung/Änderungen**

Herr Röcklein erläuterte das

## **Grünabfallkonzept 2013**

### **Weiterentwicklung, auch als Grundlage für die Neuausschreibung 2013**

Vorwort

1. Überprüfung der Zusammenarbeit mit den Gemeinden und Überarbeitung der Verträge
2. Erfassen, Einsammeln der Grünabfälle
  - 2.1. Grünabfallsammelplätze
  - 2.2. Wertstoffhöfe
  - 2.3. Kompostplätze Niedernberg und Sulzbach
  - 2.4. Sonderfall Großwallstadt
  - 2.5. Gewerbliche Anlieferungen und sonstige Großanlieferungen
  - 2.6. Hausmeisterdienste und Gartenbaubetriebe
  - 2.7. Investitionen des Landkreises
3. Verwerten der Grünabfälle
  - 3.1. Kompostwerk Guggenberg
  - 3.2. Grünabfallkompostplatz Erlenbach
    - 3.2.1. Kompostierung
    - 3.2.2. Umschlag
4. Versorgung der Bürger mit Kompost

Der Landkreis ist als öffentlich-rechtlicher Entsorgungsträger auch für die ordnungsgemäße Entsorgung und Verwertung der Grünabfälle gesetzlich zuständig und verantwortlich. Die Gemeinden unterstützen den Landkreis hierbei im Rahmen der bestehenden Vereinbarungen.

Dabei ist auch zu beachten, dass das neue Kreislaufwirtschaftsgesetz ab 01.01.2015 erhöhte Anforderungen an die Erfassung und stoffliche Verwertung der Bioabfälle, zu denen auch die Grünabfälle zählen stellt (§ 11 i.V.m. § 3 Abs. 7 KrWG).

Das derzeitige Grünabfallkonzept wurde 1997 zwischen den 32 Landkreisgemeinden und dem Landkreis - Kommunale Abfallwirtschaft – entwickelt.

Ziel war es eine flächendeckende Erfassung und Verwertung der Grünabfälle zu bieten und gleichzeitig das 1997 in Betrieb gehende Kompostwerk Guggenberg mit dem erforderlichen Strukturmaterial zu versorgen.

Die im Kompostwerk Guggenberg nicht erforderlichen Mengen werden auf dem Grünabfallkompostplatz Erlenbach kompostiert, dessen Kapazität dazu in den letzten Jahren mehrfach erhöht werden musste.

Zur flächendeckenden Erfassung waren gemeindliche Grünabfallsammelplätze vorgesehen. Diese wurden ergänzt durch die Wertstoffhöfe des Landkreises in Erlenbach und Guggenberg. Dazu kamen damals einige Gemeinden, die auf ein örtlich organisiertes Holsystem bestanden und die Gemeinden Niedernberg und Sulzbach, die bereits über eigene kleine gemeindliche Kompostplätze verfügten.

Die Holsysteme haben sich inzwischen erwartungsgemäß aufgelöst. 25 Gemeinden verfügen über Grünabfallsammelplätze, die auch teilweise gemeinsam genutzt werden. Die beiden kleinen gemeindeeigenen Kompostplätze in Niedernberg und Sulzbach bestehen nach wie vor. Elsenfeld, Erlenbach und Obernburg sind am Wertstoffhof Erlenbach und Eichenbühl am Wertstoffhof Guggenberg angeschlossen. Großwallstadt nutzt ein eigenes Bringsystem über den gemeindlichen Bauhof.

Größere Grünabfallsammelplätze sind immissionsschutzrechtlich, sonstige baurechtlich genehmigt.

Die Grünabfallsammelplätze werden von den Gemeinden eingerichtet und unterhalten, die dazu vom Landkreis finanzielle Unterstützung in Form von Einwohnerpauschalen erhalten.

Einrichtung und Betrieb sind in Verträgen zwischen Landkreis und Gemeinden geregelt.

Dazu gibt es eine Reihe von Rundschreiben des Landkreises zu Auslegungs- und Betriebsfragen.

#### 1. Überprüfung der Zusammenarbeit mit den Gemeinden und Überarbeitung der Verträge

Wir wollen im Laufe des Jahres Gespräche mit unseren Gemeinden aufnehmen. Ziele sind

- Ein einheitliches und kundenorientiertes Mindestangebot an Öffnungszeiten;
- Eine nutzer- und servicefreundliche Gestaltung der Grünabfallsammelplätze;
- Die Optimierung der Erfassung des Grünanteils über Container mit getrennter Erfassung des Holzanteils;
- Zuverlässige Kontrollen zur Abweisung von Fremdanlieferern und unberechtigten gewerblichen Anlieferern;
- Einhaltung der genehmigungsrechtlichen Auflagen für die Grünabfallsammelplätze;
- Überprüfung der Leistungen des Landkreises für die Grünabfallsammelplätze und die beiden gemeindlichen Kompostplätze.

Dazu wollen wir eine Arbeitsgruppe aus den Reihen der Bürgermeister und der Kommunalen Abfallwirtschaft mit jeweils drei Teilnehmern bilden.

## 2. Erfassen, Einsammeln der Grünabfälle

In den letzten Jahren haben sich die Anforderungen bei der Grünabfallverwertung verändert. Holzige Abfälle aus Garten- und Landschaftspflege sind ein gefragter Brennstoff für NAWARO-Kraftwerke geworden.

Für den Grünanteil kommt nicht nur die Kompostierung infrage, sondern zunehmend wird auch die Vergärung als Verwertungsweg interessant.

Dies erfordert eine Anpassung der Erfassung und damit eine Anpassung der Grünabfallsammelplätze.

Auch seitens der Genehmigungs- und Aufsichtsbehörden gibt es neue Auflagenvorschläge für Grünabfallsammelplätze, die in den nächsten Jahren eine Anpassung der bestehenden Plätze erforderlich machen.

### 2.1. Grünabfallsammelplätze

Für die Grünabfallsammelplätze wurden 2003 abflussdichte 36-cbm-Container mit Deckeln beschafft. Diese sollen verhindern, dass die durch den Grünanteil und Regenflüsse entstehenden Sickersäfte auf dem Grünabfallplatz und beim Abtransport austreten.

Da ein nur mit Grünanteil gefüllter Container zu schwer wird, sah die Planung 1997 die Auffüllung dieser Container mit vor Ort geshreddertem Holzigen Anteil vor.

Bei Plätzen ohne Containergruben ist die Befüllung der 36-cbm-Container durch die Kunden oft schwierig.

Die Plätze müssen daher entweder mit Containergruben nachgerüstet werden oder wir müssen für einige Plätze auf andere Containertypen übergehen, was allerdings die Logistik erschwert.

Heute ist auch eine Trennung des Holzigen Anteiles wünschenswert. Das bedeutet, dass der Grünanteil mit dem Holzigen Anteil nicht mehr vermischt werden darf, sondern getrennt erfasst und abgefahren werden muss.

Da wir das Shreddern vor Ort aus logistischen Gründen beibehalten müssen, ist der getrennte Abtransport mit einem gewissen logistischen Mehraufwand durchaus möglich.

Probleme für einige unserer Grünabfallsammelplätze können auch neue Anforderungen bereiten, die das Bayerische Landesamt für Umwelt 2010 veröffentlicht hat.

### 2.2. Wertstoffhöfe

Auf dem Wertstoffhof Guggenberg sind keine Veränderungen erforderlich. Die relativ geringen Mengen an Grünabfällen können mit dem Holzigen Anteil dem Kompostwerk als Strukturmaterial zugeführt werden.

Soweit möglich werden Grünabfallanlieferungen nicht im eigentlichen Wertstoffhof abgeladen, sondern bereits direkt im Kompostwerk.

Auf dem Wertstoffhof Erlenbach muss künftig zwischen Anlieferungen mit Grünanteil und Anlieferungen mit Holzanteil unterschieden werden. Dies bedingt eine entsprechende Information der Anlieferer und bedarf einer Umgewöhnungsphase bei diesen.

Container stehen ausreichend zur Verfügung. Wir werden alles Mögliche tun die Grünabfallanlieferungen in Erlenbach kundenfreundlicher zu gestalten.

### 2.3. Kompostplätze Niedernberg und Sulzbach

Es gab und gibt Überlegungen die Kompostplätze in Grünabfallsammelplätze umzuwandeln.

Diese Überlegungen werden von uns begrüßt, entsprechende Gespräche mit den beiden Gemeinden wurden bereits aufgenommen.

### 2.4. Sonderfall Großwallstadt

Das System Großwallstadt wurde von der Gemeinde aus einem örtlichen Einsammelsystem zu einem unvollständigen Bringsystem entwickelt. Es verursacht zusätzliche nicht kontrollierbare Kosten.

Es entspricht nicht den Anforderungen und Vorgaben des Landkreises als Systemträger und kann wahrscheinlich auch die neuen Anforderungen des Landkreises nur schwer erfüllen.

Die Gemeinde Großwallstadt sollte daher einen Grünabfallsammelplatz, entsprechend den anderen Landkreisgemeinden, errichten und betreiben.

### 2.5. Gewerbliche Anlieferungen und sonstige Großanlieferungen

Nach unserem Grünabfallkonzept müssen gewerbliche Anlieferungen, z.B. Gartenbaubetriebe, und alle Anlieferungen von nicht an die Müllabfuhr angeschlossenen Grundstücken gebührenpflichtig auf unseren Anlagen Erlenbach und Guggenberg erfolgen.

Wir müssen im Interesse der gebührenrechtlich finanzierten Grünabfallverwertung, entsprechende Regelungen auf den Grünabfallsammelplätzen beachten und durchsetzen.

### 2.6. Hausmeisterdienste und Gartenbaubetriebe können auf den gemeindlichen Grünabfallsammelplätzen anliefern, wenn sie glaubhaft machen, dass die Grünabfälle von an die kommunale Müllabfuhr angeschlossenen Grundstücken, nicht für den Garten- und Landschaftsbau genutzten Grundstücken, kommen und die haushaltsüblichen Mengen nicht überschritten werden.

### 2.7. Für den Ausbau der Grünabfallefassung werden Investitionen des Landkreises, insbesondere Transportcontainer erforderlich. Die Kosten hierfür werden auf 100.000 € geschätzt. Enthalten sind dabei auch Ersatzbeschaffungen für den vorhandenen Grünabfallcontainerbestand.

Diese Investitionen werden für den Haushalt 2014 vorgesehen und sollen überwiegend bis zum Beginn der Grünabfallsaison 2014 zur Verfügung stehen

## 3. Verwerten der Grünabfälle

### 3.1. Kompostwerk Guggenberg

Beim Kompostwerk Guggenberg wurden 2012 vertragsgemäß 4.447,4 to Grünabfälle angeliefert. Dies findet dort als Strukturmaterial für die Kompostierung der Bioabfälle Verwendung und holzige Anteile stören dabei nicht.

Das heißt, wir fahren insbesondere von den Grünabfallsammelplätzen der südlichen Gemeinden, weiterhin rund 4.000 Tonnen Grünabfälle nach Guggenberg.

### 3.2. Grünabfallkompostplatz Erlenbach

12.797 Tonnen Grünabfälle wurden 2012 über den Grünabfallkompostplatz Erlenbach verwertet. Rund 15 Prozent davon wurden zur energetischen Verwertung zu verschiedenen NAWARO-Kraftwerken geliefert, der Rest kompostiert.

Wir halten eine erhebliche höhere Ausschleusung von holzigem Material und eine, zu-

mindest betriebswirtschaftlicher sinnvollere, Verwertung mit den vorgeschlagenen Maßnahmen auf den Grünabfallsammelplätzen für möglich und streben eine Ausschleusung von 30 % an.

### 3.2.1. Kompostierung

Der Platz auf dem Grünabfallkompostplatz Erlenbach wird bei den heutigen Mengen an Grünabfällen und bei der beabsichtigten Getrennthaltung von Holzanteil und Grünanteil zu eng. Entweder muss ein höherer Holzanteil direkt durchgeschleust werden oder wir müssen zur Alternative Umschlagplatz übergehen.

### 3.2.2. Umschlagplatz

Die Alternative, den Grünabfallkompostplatz nur noch als Umschlagplatz zu nutzen, war bereits bei der letzten Ausschreibung vor vier Jahren in der Diskussion.

Wir gewinnen erheblich an Platz und auch die Unterhaltungskosten für den Grünabfallkompostplatz sinken mittelfristig.

Eine ordnungsgemäße Verwertung muss der Auftragnehmer natürlich vertraglich garantieren und gewisse Kontrollmöglichkeiten können wir uns vertraglich auch einräumen lassen.

Ein weiterer Vorteil der Alternative Umschlagplatz wäre eine Entlastung der Müllumladestation. Wir könnten dann den OUTPUT des Umschlagplatzes verwiegen und dadurch auf einige Eingangsverwiegungen auf der Müllumladestation verzichten.

## 4. Versorgung der Bürger mit Kompost

Mit der Nutzung des bisherigen Grünabfallkompostplatzes Erlenbach als Umschlagplatz entfällt die bisherige Abgabe von Kompost.

Um die Versorgung der Bürger und der Gartenbaubetriebe mit Kompost gewährleisten zu können, wird der Landkreis in diesem Fall künftig von HERHOF im Kompostwerk Guggenberg erzeugten Qualitätskompost als lose Ware und ggf. auch als Sackware in Erlenbach an die Bürger verkaufen.

Der Ausschuss für Natur- und Umweltschutz fasste einstimmig den

### **Beschluss:**

Die Landkreisverwaltung führt die Neuausschreibung der Grünabfallsammlung über die gemeindlichen Grünabfallsammelplätze durch. Diese beinhaltet das Shreddern der Holzigen Grünabfälle auf den gemeindlichen Grüngutsammelplätzen. Dabei ist darauf zu achten, dass eine möglichst weitgehende Getrennthaltung von leicht verrottbaren Abfällen und Holzigen Abfällen eingehalten wird.

Ebenfalls wird die Landkreisverwaltung beauftragt die Neuausschreibung der Verwertung der Grünabfälle durchzuführen. Die Holzigen Abfälle können als getrenntes Los ausgeschrieben und der Verwertung zugeführt werden. Dabei ist Zielvorgabe die ausschließliche Nutzung des bisherigen Grünabfallkompostplatzes Erlenbach als Umschlagplatz.

Mit den Gemeinden des Landkreises sind Vertragsgespräche hinsichtlich einer Anpassung der gemeindlichen Grünabfallsammelplätze an die künftigen Anforderungen des Landkreises, insbesondere hinsichtlich der Getrennthaltung, aufzunehmen. Dazu wird eine Arbeitsgruppe eingerichtet (3 Mitglieder aus der Verwaltung, 3 Bürgermeister).

Dabei sind auch die Optimierung der Grünabfallerfassung entsprechend den bereits bestehenden und den dargestellten Anforderungen und Regelungen zu besprechen und die erforderlichen vertraglichen Anpassungen zu vereinbaren.

Ziel ist eine flächendeckende optimierte und servicefreundliche Grünabfallerfassung in allen Landkreisgemeinden.

Für die Ergänzung der Ausstattung mit Grünabfallcontainern, einschließlich des Ersatzes älterer Grünabfallcontainer, auf den gemeindlichen Grünabfallsammelplätzen und auf dem Wertstoffhof Erlenbach sind für das Haushaltsjahr 2014 100.000 € einzuplanen.

Tagesordnungspunkt 3:

### **Jahresabschluss des Gemeinschaftskraftwerkes Schweinfurt: Aktueller Müllverbrennungspreis (Information)**

Herr Röcklein erläuterte den aktuellen Müllverbrennungspreis anhand der Anlage. Ende März 2013 habe uns vom Gemeinschaftskraftwerk Schweinfurt eine sehr gute Nachricht überrascht.

Die Abrechnung für das Jahr 2012 hatten wir bereits im Januar erstellt und damals ergab sich ein Verbrennungspreis für den Landkreis Miltenberg von 82,42 € brutto je Tonne Restmüll. Im März haben wir eine weitere Gutschrift über 269.023 € brutto von GKS für 2012 erhalten. Gründe dafür sind die hohe behandelte Müllmenge, die geringen Schäden in 2012 und eine zeitliche Verkürzung und Optimierung der Wartungsarbeiten. Es kann durchaus sein, dass diese positiven Punkte nur in 2012 glücklicherweise zusammengetroffen sind und sich bereits 2013 wieder andere Zahlen ergeben.

Aber jetzt ist es für 2012 fest:

Wir haben unter Berücksichtigung dieser Gutschrift für die thermische Behandlung von 22.891,64 Tonnen 69.79 € brutto je Tonne abgerechnet. Dieser Preis ist der individuelle Preis Miltenberg der sich aus dem bestehenden Stufenmodell für unseren Landkreis ergibt und wir profitieren als zweitgrößter Anlieferer von diesem Stufenmodell. Die Gutschrift wird im Haushaltsjahr 2013 verbucht, da die Bücher des Jahres 2012 bereits geschlossen sind.

Wir sollten an dieser Stelle der Geschäftsleitung und den Mitarbeitern des Gemeinschaftskraftwerkes Schweinfurt ein dickes Lob für ihre Leistungen aussprechen.

Auf der Grafik der bayerischen Verbrennungspreise steht natürlich nicht der individuelle Preis Miltenberg, sondern der rechnerische Durchschnittspreis des GKS.

Landrat Schwing fügte hinzu, man habe wirklich eine tolle Mannschaft vor Ort und die Anlage laufe hervorragend.

Auf Rückfrage von Kreisrat Dotzel erklärte Herr Röcklein, viele Kraftwerke hätten keine Auslastung durch Kommunen, das GKS sei aber zu 90 % durch Kommunen ausgelastet. Man verbrenne außerdem zum Selbstkostenpreis und steuere die Preise mit.

Auf Rückfrage von Kreisrat Dr. Steidl zur CO<sup>2</sup>-Abgabe erklärte er, dass diese ein Flop (pro Tonne weit unter 10 Euro) geworden sei und laut Gerüchten aufgehoben werden solle. Ansonsten habe man sich mit einem Vorrat eingedeckt und sei gesichert.

Auf Wortmeldung von Kreisrat Kern zu geplanten Ersatzinvestitionen antwortete Landrat Schwing, das GKS sei hervorragend aufgestellt, auch finanziell. Rücklagen seien dotiert und eingestellt. Ersatzinvestitionen gebe es dort permanent, bisher sei dies immer alles abgedeckt worden. Natürlich müsse man irgendwann eine Ersatzanlage bauen. Aber damals ha-

be man dies alles in einer Hochzinsphase finanziert. Daher sei ihm diesbezüglich nicht bange. Die Geschäftsführung sei sehr vorausschauend.

Der Ausschuss für Natur- und Umweltschutz nahm die Ausführungen zur Kenntnis.

Tagesordnungspunkt 4:

**Anfragen**

Es lagen keine Anfragen vor.

gez.

**Schwing**  
Vorsitzender

gez.

**Wagner**  
Schriftführerin